

Sind Klimaschützer paradoxerweise enge Verbündete der Gaslieferanten?

geschrieben von AR Göhring | 27. März 2022

von EIKE Redaktion

Vorbemerkung: Der politisch-mediale Komplex in den westlichen Ländern versucht zunehmend (und erfolgreich), immer mehr Sachthemen zum Glaubensbekenntnis zu machen, oder zum Symbol einer bestimmten Gruppenzugehörigkeit. Klima, Corona, Migration, und jetzt der Ukrainekrieg – bei vielen Lesern und Zuschauern erscheint geistig sofort das Etikett „ist gegen Rußland“, „ist für die Grünen“, „wählt AfD“ und so weiter und so fort.

Die gesellschaftliche Spaltung durch künstliche Gruppenbildung scheint noch effektiver zu sein als die Propagierung unwissenschaftlicher und profitabler Märchen wie die angebliche Erderhitzung durch Atem- und Verdauungsgase. Ein Kommentator auf Facebook schrieb, was Klima und Corona noch nicht schafften, schafft jetzt die qualitätsmediale Berichterstattung zum Ukraine-Krieg. Daher rufen wir unserer geneigten Leser und Zuschauer dazu auf, sich wie bei den Umweltthemen nicht ins Bockshorn jagen zu lassen – darauf sind die hinter der „Berichterstattung“ stehenden Interessensgruppen nämlich dringend angewiesen.

Wir bei EIKE nehmen keine grundsätzliche Position für oder gegen Russen, als Volk schon mal gar nicht, oder für oder gegen Fracking ein. Das überlassen wir – aber nur als private Meinung- unseren Autoren und Lesern. Die wir uns aber in keinem Fall als EIKE zu eigen machen. Dieser Eindruck entstand aber leider bei einigen Betrachtern unseres Klimaschauvideo 104.

Um es ganz deutlich zu sagen: Wenn die deutsche Regierung es für richtig hielt sich von einem Haupt-Lieferanten von lebenswichtigen ja überlebenswichtigen Gütern abhängig zu machen, so ist das für jeden Einkäufer nicht nur dumm, sondern auch hochgefährlich. Völlig unabhängig davon wie honorig der Lieferant in der Vergangenheit auch auftrat. Er würde von der Geschäftsleitung sofort zur Ordnung gerufen, im Wiederholungsfall sogar entlassen werden. Das ist die EIKE-Position

Wenn die deutsche Regierung dazu noch weder Kernkraft, noch Kohle, noch Öl, noch russisches Gas will, oder Rußland seinerseits die Lieferungen einstellt, egal aus welchem Grunde, muß sie sich entweder in Katar und anderswo bücken und betteln und saftige Aufschläge zahlen, oder versuchen, soviel heimisches Erdgas zu fördern wie möglich. Vermutlich sogar beides. Welche Methoden könnten sonst die Energiesicherheit Deutschlands garantieren? Volatiler Strom aus Photovoltaik- oder

Windkraftanlagen bestimmt nicht!

Daher verwiesen wir auf die Frackingmethode, die in unserer Redaktion als das beurteilt was sie ist: Nämlich eine gut bekannte, seit Jahrzehnten erprobte mit bei entsprechend professioneller Handhabung auch ungefährliche und wirtschaftliche Methode Gas (oder Öl wie bspw. in Alberta/ Kanada) aus bisher schwer erschließbaren, aber dafür sehr großen Lagerstätten zu gewinnen. Und zwar hier! Und zwar jetzt! In Deutschland! Die Mehrkosten dieses Verfahrens liegen allemal unter den die für Verflüssigung und/oder Transport über lange Strecken anfallen. Eine Produktion könnte vermutlich schon zwölf Monate nach Startschuß beginnen. Denn es ist alles bekannt und vieles auch schon vorhanden.

Leider erliegen viele dem Irrtum, Stromgewinnung und Heiz- und Produktionsgas gleich zu setzen. Wir brauchen aber Gas **und** Strom. Nicht nur Gas und nicht nur Strom. Und zwar hier und jetzt. Auch wenn es uns am liebsten wäre – wie vermutlich den meisten EIKE-Lesern – es gäbe eine Neuauflage inhärent sicherer Kernkraftanlagen, wie die unseres Referenten Götz Ruprecht, den DFR. Doch das nützt uns erst etwas in frühestens zehn bis 15 Jahren. Aber dann wären damit mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Strom wäre sehr preiswert und stets verfügbar, die anfallende Prozesswärme könnte für billig herzustellenden e-Fuel eingesetzt werden, Und, und, und. Dann wären wir weitgehend unabhängig von ausländischen Lieferanten, die Luftreinhaltung wäre kein Problem, und eine nukleare Gefahr durch Strahlung wäre ausgeschlossen. Doch ohne eigene und sichere aber auch preiswerte Gasversorgung würden wir diesen paradiesischen Zustand gar nicht erst erreichen. Wir würden auf dem Weg dahin kläglich verhungern. Das ist die Situation in welche uns die deutschen Regierungen der vergangenen 20 Jahre gebracht haben. Und dem gilt es entgegen zu wirken. Mit Ihrer Hilfe liebe Leser...

Die deutsche Energiewende, von der Regierung Merkel 2011 ausgerufen, benötigt als Notfällersatz eine zweite Infrastruktur von Gaskraftwerken, die im Falle von nicht seltenen Dunkelflauten die Stromversorgungssicherheit Deutschlands garantieren.

In den Massenmedien wird das Thema der Notfall-Gaskraftwerke selten erwähnt. Selbst jetzt nach dem Besuch des Wirtschaftsministers Habeck in Katar wird kaum darauf hingewiesen, daß selbst im Falle einer Verzehnfachung der deutschen Windkraft- und PV-Anlagen immer noch jede Menge Erdgas, vorzugsweise billig, benötigt wird, um die laufend ausfallenden Lieferungen der „Erneuerbaren“ auszugleichen.

Es liegt also zumindest nahe, daß die Haupt-Erdgaslieferanten Deutschlands (Rußland, Norwegen, Niederlande) an der Durchsetzung der Energiewende Merkels ein vitales finanzielles Interesse haben. Dieses Problem thematisiert ein aktueller Artikel in der *Welt* (+Bezahlschranke).

Zitat:

Seit Jahren gibt es Hinweise, dass Moskau Aktivisten in den USA und Europa in ihrem Kampf gegen fossile Energien unterstützt, um russisches Gas und Öl besser verkaufen zu können. Mitte der 2000er-Jahre hatte sich der Kreml entschieden, ein „Werte-Vakuum“ zu füllen, wie er es nannte: Mittels sogenannter „Soft Power“ sollten verstärkt eigene Sichtweisen und Interessen in anderen Ländern platziert werden.

Man könnte das als Verschwörungstheorie einstufen – aber warum? Wenn, wie bekannt, opportunistische NGOs ihre Weltrettungs-Agenda aus rein finanziellen Gründen via Massenmedien in die Köpfe der Konsumenten drücken können, warum sollte ein Staat das nicht auch können und tun? Die Beispiele dafür sind historisch nicht selten: So hatte ein Neffe von Sigmund Freud, Edward Bernays, von New York aus in den 1950er Jahren eine Kampagne gegen die guatemalteckische Regierung losgetreten, die angeblich kurz vor einem Militärbündnis mit der Sowjetunion stand. Sogar die *New York Times* und Präsident Eisenhower glaubten den Unfug – mit der Folge, daß der Staatschef Guatemalas aus dem Amt „entfernt“ wurde. Der wahre Grund für die Kampagne waren wirtschaftliche Interessen der USA, die via *United Fruit/ Chiquita* weiterhin mit billigen Bananen der US-Plantagen versorgt werden wollten.

Nichts Neues unter der Sonne also, wie die Bibel sagt. Was aber neu im Westen ist, ist das meist von Steuergeld finanzierte extrem dichte Netz an „Nichtregierungsorganisationen“ (NGO), eigentlich Lobbygruppen, dazu häufig noch auf engste mit dem Staat verflochten, sie fungieren für die Regierungen oft als Ersatzöffentlichkeit, gegen die keine andere öffentliche Meinung mehr möglich ist, welche mit aktuellen Weltrettungsthemen wie „Klima“ oder „Kampf gegen rechts“ hauptsächlich die akademischen Gehälter ihrer stetig wachsenden Personaldecke organisiert. Und da sie diese häufig sogar in Ministerien und Behörden entwickeln, oft in stetem Wechsel (man denke nur an Namen wie Flasbarth, Graichen, Jennifer Morgan etc. etc) zwischen NGO und Behörde, sitzen sie bei der Vergabe großer Steuermittel, auf beiden Seiten des Tisches. Der Seite der Gebenden, ebenso wie der Seite der Nehmenden. Wobei die Platzwahl oft fließend ist. Eine paradiesische Situation, jedenfalls für die Verteiler und Nehmer von Steuergeldern,

Ein zweiter Posten, besonders bei großen globalen NGO wie *Greenpeace*, sind Spendengelder. Die müssen nicht zwangsläufig von privat kommen, sondern können auch von Denkfabriken, Konzernen oder Staaten stammen. So erzählte ein Informant dem *Wilfried Martens Centre for European Studies* in Brüssel, daß die Moskauer Regierung europäischen NGO, die gegen Erdgasförderung in der EU opponieren, 82 Millionen Euro gegeben hätte.

Der frühere Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen wies auf diese Praxis schon 2014 hin, wofür er verdächtigerweise von *Greenpeace* heftig

angegangen wurde.

Wir teilen die Besorgnis einiger Verbündeter, daß Rußland versuchen könnte, mögliche Projekte zur Schiefergasexploration in Europa zu behindern, um Europas Abhängigkeit von russischem Gas aufrechtzuerhalten“, sagte ein Nato-Vertreter der Fachzeitschrift *Foreign Policy*.

Pikanterweise sagte die ehemalige US-Außenministerin Hilary Clinton einmal ähnliches, wie *Wikileaks* offenlegte:

„Wir hatten es mit falschen Umweltgruppen zu tun, und ich bin ein großer Umweltschützer, aber diese wurden von den Russen finanziert.“

Schiefergas muß in der Regel mit Hydraulischer Frakturierung, kurz *Fracking*, gewonnen werden. Dafür wird tiefes gashaltiges Gestein mit Wasser unter Hochdruck aufgebrochen, und setzt so das Erdgas frei. Das Verfahren wurde seit den 1960ern in Westdeutschland angewandt und hat keinen guten Ruf, obwohl es zahlreiche Varianten gibt. Die bekanntesten sind die, die in den berühmten Umweltschutzfilmen *Fracknation* und *Gasland* thematisiert werden. In *Gasland* wird behauptet und suggeriert, daß Fracking das Grundwasser vergiftet und in der Folge Methan im Leitungswasser ist. Es gibt auf YouTube eine sehr gute viertelstündige Zusammenfassung von *Fracknation* (der Originalfilm geht eine Stunde 14 Min). In diesem Video wird auch auf den „brennenden Wasserhahn“ eingegangen. Alleine deshalb schon sehr sehenswert.

Darüberhinaus gab es zu Zeiten von Umweltministerin Barbara Hendricks ein Gutachten zu Fracking, das erstaunlich positiv war. In einer Ausgabe der Sendung *Panorama* (4.9.14) wurde dann auch recht objektiv über das Gutachten berichtet und sehr kritisch mit der dennoch ablehnenden Haltung der Ministerin umgegangen.

Fazit: Es gilt – immer! – das elfte Gebot:

Laßt Euch nicht hereinlegen! Von niemandem.

„Grüne“ NGOs, eigene oder fremde Regierungen, alle wollen die Steuerzahler anzapfen, wofür gelogen und betrogen wird. Im Falle der Energiewende und des Atomausstiegs gab es höchst pikanten Applaus – ausgerechnet von *Gazprom*, dessen bekanntester Angestellter Exkanzler Gerhard Schröder ist, der, das darf man nicht vergessen, bereits im Jahr 2.000 eine Energiewende mit Kernkraftausstieg zum Preis einer „Kugel Eis im Monat“ durchgesetzt hatte.

Auch wenn Schröder gerade in seiner Partei unten durch ist, war die Haltung der SPD zu Putin und den Erdgasverträgen ebenso wie der CDU unter Merkel bis vor kurzem nicht besonders ambivalent. Unvergessen das feixende Grinsen von Außenminister Heiko Maas und dem damaligen Botschafter in der UN dem CDU Mann Heusgen im UN-Plenum 2018, als der damalige Präsident Donald Trump vor der einseitigen Gasversorgung Deutschlands und damit dessen großer Abhängigkeit warnte. Heute lacht keiner der SPD-Granden in der Regierung mehr – im Gegenteil, man hält sich bei der sonst so lauten Kritik an der russischen Regierung zurück und betont sogar die Abhängigkeit. Und die CDU tut so, als sei sie nicht dabei gewesen, und will jetzt alles anders machen.

Wie steht es im Ausland um den Abbau von Schiefergas durch Fracking? Zumindest die britische Regierung unter Johnson „prüft“ das Verfahren nun, das bislang in Britannien nicht durchgeführt wird. Muß sie wohl auch, da die extremistische Aktivistengruppe *Extinction Rebellion* angekündigt hat, Öltraffinerien zu blockieren. Man fragt sich, was die XR-Mitglieder tun werden, wenn in der britischen Provinz bald Schiefergas mit Fracking gewonnen werden wird...